

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Netzwerkgruppe Stuttgart Februar 2008

Gemeinsam streiken macht stark Urabstimmung - bundesweiter Vollstreik

Die von ver.di und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufgestellten Forderungen sind das Minimum dessen, was in dieser Tarifrunde erkämpft werden muss.

Wann, wenn nicht jetzt

Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf sind so günstig, wie selten davor. Die Steuereinnahmen sprudeln. Die Stadt Stuttgart schwimmt in Geld. Das Ansehen der etablierten Politiker in der Bevölkerung tendiert gegen Null. 55% der Bevölkerung halten unsere Lohnforderung für angemessen, 4% sogar für zu niedrig. Wenn wir von dem Aufschwung noch was abbekommen wollen, müssen wir jetzt zuschlagen. Und nicht zuletzt: jeder Euro, den wir uns erkämpfen steht nicht für Stuttgart 21 und andere Wahnsinnsprojekte zur Verfügung.

Wer, wenn nicht wir?

Bei Bund und Kommunen gibt es 2,6 Millionen Beschäftigte. Mit einem bundesweiten Vollstreik im öffentlichen Dienst kann der ökonomische Druck des Lokführerstreiks übertroffen werden. Die Straßenbahn- und Busfahrer können in den Städten den Verkehr zum Erliegen bringen. Wenn an den Flughäfen der Fluggastkontrolldienst streikt, werden keine Passagiere mehr abgefertigt. Wenn die Feuerwehr an den Flughäfen streikt, darf aus Sicherheitsgründen kein Flugzeug mehr starten oder landen. Wenn das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg und die

Politesse streiken, gibt es Millionenverluste. Wenn die Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsämter streiken, wird kein Container mehr auf dem Neckar transportiert. Wenn die Müllabfuhr und die Straßenreinigung streikt, stellt sich die Frage: wohin mit dem Müll. Im Streik 2006 wurden Beschäftigte der privaten Müllabfuhr als Streikbrecher eingesetzt. Dieses Jahr überschneidet sich die Tarifrunde der privaten und öffentlichen Müllabfuhr. Durch einen gemeinsamen Streik kann für alle Müllwerker mehr rausgeholt werden. Ein Streik im öffentlichen Dienst ist die beste und dringend notwendige Unterstützung des Streiks der Verkäuferinnen. Ver.di befindet sich derzeit in Bereichen mit fast sieben Millionen Beschäftigten in Tarifauseinandersetzungen. Lasst uns die Stärke nutzen, die wir entwickeln können, wenn wir gemeinsam kämpfen.

Demokratische Kontrolle über Streik

Ein effektiver und erfolgreicher Streik braucht die demokratische Kontrolle durch die Streikenden. Wir müssen uns von Anfang an einmischen und die ver.di-Führung dazu zwingen, die volle Kampfkraft einzusetzen. Einen Ausverkauf wie beim TvöD darf es nicht noch mal geben. Die demokratische Streikkultur, die im Streik 2006 in Stuttgart entstanden ist, muss weitergeführt und bundesweit verbreitet werden. Der eintägige große Warnstreik aller am 22.2. muss bundesweit zum Vorbild werden für die Bündelung der Kräfte und für Entschlossenheit im

Gemeinsam streiken

Bereiche, die Mitte Februar aus der Friedenspflicht sind und gemeinsam streiken können

Einzelhandel	2.600.000
Öffentlicher Dienst (Bund, Kommunen, einschl. 550.000 BeamtInnen)	2.600.000
Freie und kirchliche Träger, Wohlfahrtsverbände usw. mind.	1.000.000
Gesetzliche Krankenkassen und gesetzliche Unfallvers., Berufsgen. mind.	150.000
Landesbeschäftigte Hessen (einschließlich Beamte)	130.000
Landesbeschäftigte Berlin (einschließlich Beamte)	115.000
Bundesagentur für Arbeit	80.000
Private Müllabfuhr (tarifgebunden)	75.000
Rentenvers. Anstalten	35.000
Krankenhauskonzern Sana	34.500
Zivilbeschäftigte stationierte Armeen	25.600
Telekom (T-Punkt, T-Mobile u.a.)	13.100
Krankenhauskonzern Sana	12.000
Unikliniken Gießen und Marburg	6.500
Gesamt ver.di	6.900.000

Metallhandwerk	500.000
Gebäudereinigerhandwerk	316.400
Chemieindustrie	255.500
Hotel- und Gaststätten	150.000
Stahlindustrie	110.000
Textil- und Bekleidungsindustrie	100.000
Kohlebergbau	35.800
Kali- und Salzbergbau	12.600
In Tarifkämpfen insgesamt	8.300.000

Kampf. Das beste wäre bis Anfang März einen **eintägigen bundesweiten Warnstreik, die Einleitung der Urabstimmung und die Vorbereitung eines bundesweiten Vollstreiks durchzusetzen.**

Holt das Geld bei den Steuerbetrügerei

Zumwinkel hat das Finanzamt um 1 Million Steuern betrogen. Und er macht das nicht alleine. Die deutsche Steuergewerkschaft schätzt, dass deutsche Millionäre bereits 1993 um die 300 Milliarden Euro am Finanzamt vorbei in Steueroasen verlagert haben. Dadurch fehlen jährlich 30 Milliarden Steuereinnahmen. Ein Drittel davon würde ausreichen, um die von ver.di geforderte Lohnerhöhung zu finanzieren.

Treffen der Netzwerkgruppe Stuttgart

am Mittwoch, den 12. März 2008
um 18.00 Uhr in der Kellerschenke,
DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20.

Niedriglohnsektor öffentlicher Dienst

Nach Einführung des Absenkungstarifvertrags TVöD und drei Nullrunden ist der öffentliche Dienst zum Niedriglohnsektor geworden. Unsere Reallohne sind seit 2004 um 23% gesunken. Nach offiziellen Angaben verdienen 13.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst 2006 so wenig, dass sie eine Aufstockung nach Hartz-IV in Anspruch nehmen mussten. Laut einer aktuellen Studie des Instituts für Weltwirtschaft (IfW), muss ein/e verheiratete/r Beschäftigte/r mit drei Kindern im öffentlichen Dienst in die dritthöchste Entgeltstufe (EG 13) eingruppiert sein, um auf ein Einkommen über Hartz IV zu kommen. Viele Kolleginnen und Kollegen müssen sich verschulden oder können sich nur mit einem Nebenjob über Wasser halten.

Zu wenig Personal arbeitet zu hart und zu billig

Beispiel KrankenpflegerInnen

KrankenpflegerInnen arbeiten erwiesenermaßen körperlich schwerer als Bauarbeiter. Sie haben Wechselschichten wie Lokführer. Wegen Personalmangel werden sie ständig aus ihrer Freizeit zum Dienst geholt. Sie sollen Kranke heilen und arbeiten unter Bedingungen, die sie selber krank machen. Für ihre extrem belastende Arbeit bekommen BerufsanfängerInnen brutto 1.850 Euro Grundlohn, mit allen Zulagen für Nacht- und Wochenenddienste 2.100 Euro brutto bzw. 1.300 Euro netto.

Beispiel Reinigungskraft im Krankenhaus

Die Kolleginnen müssen für ihre Arbeit 20 Seiten Hygienerichtlinien kennen und einhalten. Im Reinigungsbereich wurde in den Kliniken in den letzten Jahren am meisten Personal abgebaut. Eine Reinigungskraft im Krankenhaus bekommt brutto 1.286 Euro. Das ist ein Stundenlohn von 7,58 Euro.

Beispiel Müllwerker

Ein Müllwerker bei der städtischen Müllabfuhr bewegt am Tag 650 bis 750 Mülltonnen. Das sind 18 bis 30 Gewichtstonnen. Dabei läuft er 15 km am Tag. Nach dem TVöD bekommt er für diesen Knochenjob 1.575 Euro brutto und eine maximale Zulage von 100 Euro. In der Endstufe bekommt der Kollege 1.995 Euro brutto.

Nachbesserungen am TVöD müssen her

„Keiner verliert etwas, viele Beschäftigte werden auch materielle Gewinne haben“, verkündete die ver.di-Führung nach dem Abschluss des TVöD im Jahr 2005. Inzwischen wissen wir: wir verlieren alle verdammt viel.

Selbst wenn die geforderten 8% und mindestens 200 Euro in dieser Tarifrunde voll durchgesetzt werden, ist unser Reallohn niedriger als im Jahr 2004. Der Unmut über den TVöD ist zurecht enorm. Niemals hätte ver.di diesen Absenkungstarifvertrag unterschreiben dürfen. Hinter den sogenannten **Restanten** verbergen sich 48 Tarifregelungen, die den betroffenen Beschäftigten seit dem Inkrafttreten des TVöD im Oktober 2005 vorenthalten werden. Die Arbeitgeber versuchen ver.di damit zu erpressen. Die Restanten sollen nur umgesetzt bzw. weiterverhandelt werden, wenn ver.di die 40-Stunden-Woche akzeptiert.

Mit dem TVöD hat sich ver.di auch darauf eingelassen, dass die Kinderzulagen wegfallen und in **Leistungslohn** umgewandelt werden. Zudem soll ein Teil der künftigen Lohnerhöhungen nur als Leistungsentgelt an wenige bezahlt werden. Dieser Leistungslohn hat nichts damit zu tun, un-

sere immer höhere Leistung besser zu bezahlen. Es geht darum, Teams und Belegschaften mit Nasenprämien in gute und schlechte Kolleginnen zu spalten, sie gegeneinander auszuspielen um uns noch mehr auszupres-

sen einen Verlust von 420 Euro oder ein Fünftel des Gehalts. Für viel andere Berufsgruppen gilt das gleiche. Die GEW fordert zurecht die Wiedereinführung dieser Aufstiege in dieser Tarifrunde.

Wir fordern

- Weg mit der Armutslohngruppe EG 1 (brutto 1.286 Euro)
- Keine Lohnverlust bei Stellenwechsel. Volle Anerkennung der Berufserfahrung
- Weg mit dem Leistungsentgelt. Stattdessen Wiedereinführung der Kinderzulagen
- Wiedereinführung von Bewährungs-, Fallaufstiegen und Vergütungsgruppenzulagen.
- Durchsetzung aller offenen Regelungen (Restanten) des TVöD/TV-L. Kein Abschluss unterhalb des Niveau des BAT/BMT-G/MTArb. Rückwirkende Anerkennung der Ansprüche ab Oktober 2005.
- Das Eingruppierungsniveau einer neuen Entgeltordnung muss mindestens dem BAT/BMT-G entsprechen und darf an Rechtsklarheit nicht dahinter zurückfallen. Solange es keine neuen tariflichen Eingruppierungen gibt, muss die Fortführung der Eingruppierungsübergangsregelung über den 31.12.07 hinaus festgeschrieben werden.

sen. Die Arbeitgeber wollen diesen Leistungslohn jetzt von 1% auf 2% erhöhen.

Mit dem TVöD wurden die **Bewährungs- und Zeitaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen** zum 30.9.07 abgeschafft. Angeblich sind sie in die neue Tabelle eingearbeitet. Erzieherinnen haben früher auf dem Niveau der heutigen EG 6 angefangen, sind nach drei Jahren in EG 8 und schließlich mit einer Zulage auf das Niveau von EG 9 gekommen. Diese Ansprüche sind mit dem TVöD weg und bedeuten für die Erzieherin-

nen einen Verlust von 420 Euro oder ein Fünftel des Gehalts. Für viel andere Berufsgruppen gilt das gleiche. Die GEW fordert zurecht die Wiedereinführung dieser Aufstiege in dieser Tarifrunde. Kolleginnen und Kollegen, die nach Oktober ihre **Stelle gewechselt** haben, waren geschockt, dass sie durch den TVöD auf ein Berufsanfängergehalt herabgestuft wurden und dadurch bis zu 1.000 Euro im Monat verloren. Es wäre absurd, wenn Beschäftigte im April für 200 Euro mehr streiken und einige Monate später durch Stellenwechsel das x-fache davon verlieren. Eine neue Entgeltordnung für

den TVöD steht noch aus und wird wahrscheinlich erst nach der Tarifrunde verhandelt. Die Arbeitgeber wollen sie nutzen, um die Löhne noch weiter zu senken.

Bundesweites Treffen des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“

Samstag, den 24.Mai 2008 in Kassel

Teuerungszulage für Landesbeschäftigte

Die Landesbeschäftigten hatten mit dem TV-L ähnliche Verluste wie die Kollegen bei Bund und Kommunen mit dem TVöD. Hinzu kommt, dass sie 2005 eine Nullrunde und in den Jahren 2006 und 2007 nur geringe Einmalzahlungen aber keine Erhöhung der Tabellenlöhne bekamen. Gleichzeitig wurde ihre Arbeitszeit unbezahlt auf bis zu 40,1 Stunden (Bayern) verlängert. Für die Landesbeschäftigten in Bayern ist das eine Senkung des Stundenlohns um 4%. Ab 1.1.2008 erhalten die Landesbeschäftigten 2,9% mehr Gehalt. Das reicht weder für einen Ausgleich der Inflationsrate noch macht es die enormen Verluste durch

den TV-L und die Arbeitszeitverlängerung wett. Bei einem landesweiten Treffen von 100 angestellten LehrerkollegInnen in NRW wurde von der GEW und ver.di gefordert die Landesbeschäftigten u.a. mit der Forderung nach einer Teuerungszulage von 300 Euro im Monat in die Tarifrunde einzubeziehen. Wir unterstützen diese Forderungen und schlagen allen Beschäftigten von Landesbetrieben vor, diesem Beispiel zu folgen. Weitere Infos dazu auf unserer homepage unter www.netzwerk-verdi.de

Statt Arbeitszeitverlängerung: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Die Arbeitgeber fordern bei Bund und Kommunen die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Das bedeutet eine Senkung des Stundenlohns um 4% und die Vernichtung von mindestens 80.000 Arbeitsplätzen. Bei vier Millionen Arbeitslosen und Armut in Hartz IV, bei steigender Produktivität und Arbeitshetze muss es uns darum gehen, jede Arbeitszeitverlängerung konsequent abzulehnen und stattdessen den Kampf um Arbeitszeitverkürzung aufzunehmen. Ver.di fordert in dieser Tarifrunde zurecht eine „verbindliche Übernahmeregelung für alle Azubis“. Aber ohne Arbeitszeitverkürzung ist eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden utopisch. Mit der 35-Stunden-Woche könnten bei Bund und Kommunen mehr als 200.000 Arbeitsplätze geschaffen und damit für befristet Beschäftigte, Azubis, Hartz-IV-Empfänger und 1-Euro-Jobber eine berufliche Perspektive durchgesetzt werden.

Wir befürchten, dass die ver.di-Spitze bereit ist, einer weiteren Arbeitszeitverlängerung zuzustimmen. Das zeigt die Erfahrung der letzten Jahre. So wurden die AZV-Tage im öffentlichen Dienst bei den Tarifrunden der letzten Jahre weggekürzt. Im TVöD hat ver.di für die Beschäftigten beim Bund im Westen die 39-Stunden-Woche unterschrieben. Den Kommunen wurde eine Öffnungsklausel zur 40-Stunden-Woche und eine Kündigungsmöglichkeit der Arbeitszeitregelung zugestanden. Im TV-L wurden für die Landesbeschäftigten Arbeitszeiten bis 40,1 Stunden (Bayern) vereinbart.

Obwohl Unternehmer und Regierung Stimmung machen gegen Arbeitszeitverkürzung und für Arbeitszeitverlängerung und obwohl die ver.di-Führung Arbeitszeitverlängerung akzeptiert, gibt es in ver.di Mehrheiten für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Bereits auf dem ver.di-Gründungskongress wurde ein Antrag für eine arbeitszeitpolitische Initiative und

die „35-Stunden-Woche als gesellschaftliches Reformprojekt zur Beschäftigungssicherung, zur Humanisierung der Arbeitsgestaltung und als Grundlage für eine Neuverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern“ beschlossen. Ergebnis einer Umfrage unter 25.000 ver.di-Mitgliedern im Jahr 2003 war, dass 73% gegen Arbeitszeitverlängerung ohne Entgelt-erhöhung sind und 52% die 35-Stunden-Woche wollen. Beim ver.di-Kongress 2003 in Berlin lagen insgesamt 18 Anträge vor, die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich forderten. Von diesen 18 Anträgen forderten sechs explizit die 35-Stunden-Woche und fünf die 30-Stunden-Woche, ein Antrag der Bundesarbeiterinnenkonferenz forderte die 35-Stunden-Woche in der nächsten Tarifrunde. Beschlossen wurde schließlich: „Als Ziel ist die regelmäßige Arbeitszeit mit einheitlich 35-Stunden ohne Kürzung der Einkommen anzustreben“. Im Streik bei den Kommunen und Ländern zur

die Aufgabe der 38,5-Stunden-Woche bedeutete. Eine ver.di-Funktionärskonferenz in Stuttgart hatte zu recht gefordert, dass die Forderung der Arbeitgeber nach 40-Stunden-Woche mit der Forderung nach 37- oder 35-Stunden-Woche beantwortet wird.

Auch 2007 gab es beim ver.di-Bundeskongress mehrere Anträge zur Arbeitszeitverkürzung. Die ver.di-Jugend und ein Bundesfachbereich forderten in ihren Anträgen die 30-Stunden-Woche. Der Landesbezirk Baden-Württemberg forderte eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel „zunächst die 35-Stunden-Woche zu erreichen“. Der ver.di-Bezirk München hat bei der Aufstellung der Forderungen zur Tarifrunde 2008 die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als Gegenforderung zur 40-Stunden-Woche erhoben. Wir meinen, dass daran anknüpfend in Stuttgart und anderswo in ver.di-Gliederungen, bei Funktionärs- und Streikversammlungen die Frage der Arbeitszeit diskutiert und Beschlüsse wie in München gefasst werden sollten. Unsere Parole aus dem Streik von 2006

„Lieber Müllsacke stehen auf der Straße, als noch mehr Arbeitslose“ würde dadurch mit einer Offensive für mehr Arbeitsplätze verbunden und hätte eine weitaus mobilisierende Wirkung bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und in der Bevölkerung insgesamt. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche wäre auch das beste Druckmittel, um zu

verhindern, dass die ver.di-Führung einer weiteren Arbeitszeitverlängerung zustimmt und stattdessen endlich der Kampf für Arbeitszeitverkürzung aufgenommen wird.



Abwehr der 40-Stunden-Woche betrachteten Streikende es als Schwäche, dass der Forderung der Arbeitgeber keine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung entgegengesetzt wurde und ein „Kompromiss“ vor diesem Hintergrund von vornerein

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Ein kleine Minderheit lebt auf Kosten der Mehrheit. Unsere tariflichen, sozialen und demokratischen Rechte sind Ergebnis des kollektiven Kampfes. Die Gewerkschaften hatten daran entscheidenden Anteil. Sie haben auch heute noch das Potenzial Angriffe abzuwehren und Erfolge zu erkämpfen. Das können Gewerkschaften am besten, wenn sie die Interessen ihrer Mitglieder konsequent vertreten und mobilisieren und in Tarifrunden die volle Kampfkraft in gute

Tarifabschlüsse umwandeln. Wenn aber Gewerkschaftsvorsitzende, wie Frank Bsirske, 13.000 Euro im Monat erhalten, spüren sie selbst nicht den Druck von massiv gesunkenen Reallöhnen. Als Konsequenz sehen sie auch nicht die Notwendigkeit hoher Forderungen und Abschlüsse und stehen auch in dieser Tarifrunde von Anfang an auf der Bremse. Wir wollen Funktionäre, die die Interessen der Basis vertreten, die wähl- und abwählbar sind und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn.

Alle gemeinsam kämpfen

Um in dieser Tarifrunde ein gutes Ergebnis zu erstreiten, sollten möglichst alle sich aktiv einmischen und gemeinsam mit anderen an Warnstreiks und Streik teilnehmen, den Chefs Paroli bieten und die unverschämten Angriffe der Politiker zurückweisen. Die Stärke des Streiks vor Ort in den Betrieben entsteht aus der Beteiligung aller im Streik – egal ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Durch demokratische Diskussion in Streikversammlungen über Streiktaktik und Streikziele kann eine möglichst hohe

Unsere Position für einen erfolgreichen Streik

- Bundesweiter Vollstreik im öffentlichen Dienst unter Einbeziehung der Beamtinnen
- Koordination und gemeinsamer Streik mit allen anderen von ver.di organisierten Bereichen
- Schulterschluss mit den Stahlarbeitern und allen anderen DGB-Gewerkschaften und Belegschaften, die für Arbeitsplätze und Löhne im Kampfe stehen
- Zusammenführung der Fachbereiche im öffentlichen Dienst zu gemeinsamen Funktionärs- und Streikversammlungen nicht nur in Stuttgart, sondern überall
- Wahl von Streikleitungen durch Streikversammlungen und lokale, regionale und bundesweite Vernetzung
- Kündigung des Schlichtungsabkommens
- Gläserne Tarifverhandlungen. Die Mitglieder der Verhandlungs- und Bundestarifkommission müssen alle Informationen über den Verhandlungsstand nach unten weitergeben. Streikversammlungen in den Bezirken müssen das Recht haben Verhandlungs- und Tarifkommissionsmitglieder jederzeit abzuwählen
- Kein Abschluss in einem Bereich ohne Abschluss für alle und ohne schriftliche Zusage der Übernahme für die Beamtinnen
- Kein Streikabbruch und kein Abschluss ohne mehrheitliche Zustimmung durch die Mitglieder

Geschlossenheit erreicht werden. Je höher die Streikbeteiligung, desto höher der Druck auf die Arbeitgeber und umso weniger kann die ver.di-Verhandlungskommission den Erpressungsmanövern der Arbeitgeber nach längerer Arbeitszeit oder anderen Zugeständnissen nachgeben.

Mit Streik Kurswechsel durchsetzen

Die Tarifrunde 2008 im öffentlichen Dienst sollte für einen grundlegenden gewerkschaftlichen Kurswechsel genutzt werden, um weitere Niederlagen und weiteren Glaubwürdigkeitsverlust von ver.di zu verhindern. Durch einen offensiven und erfolgreichen Streik sind wir gut aufgestellt gegen noch härtere Angriffe, die auf uns zu kommen, wenn die Arbeitgeber uns für die Banken- und Wirtschaftskrise zur Kasse bitten. Um in die Offensive zukommen, hilft es, wenn wir nicht am kapitalistischen System festhalten, sondern eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als Ziel vor Augen haben, in der diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, demokratisch bestimmen, wie er verteilt wird. Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische

ver.di“ hat das Ziel, eine inhaltliche und personelle Alternative zur heutigen ver.di-Führung aufzubauen. Auch Kolleginnen und Kollegen, die aus Enttäuschung aus ver.di ausgetreten sind oder nicht eintreten wollen, sind aufgefordert, mit uns aktiv zu werden.

Vorreiterrolle des ver.di-Bezirks Stuttgart

Der ver.di-Bezirk Stuttgart kann eine wichtige vorwärtstreibende Rolle in diesem Tarifkampf spielen. Der Paukenschlag eines eintägigen großen Warnstreiks am 22.2. schafft das richtige Beispiel für eine Demonstration der

Stärke. Das kann bundesweit Ausstrahlung haben und Druck aufbauen für einen gemeinsamen bundesweiten Warn- und Vollstreik. Auch die demokratische Streikkultur in Stuttgart im Streik 2006 sollte weitergeführt und bundesweit ausgedehnt werden. Wir sollten einfordern, dass die Fachbereiche des öffentlichen Dienstes, wie in Stuttgart, überall gemeinsam diskutieren, gemeinsam entscheiden und gemeinsam streiken. Mit Resolutionen und Anträgen können wir unsere Positionen und Forderungen formulieren und Einfluss nehmen. So hat z.B. die ver.di-Mitgliederversammlung im Klinikum einen Antrag beschlossen, in dem die Kündigung des Schlichtungsabkommens gefordert wird. Wenn der ver.di-Bezirk Stuttgart und andere Bezirke sich dieser Forderung anschließen, kann Druck gegen einen Schlichterspruch als Ergebnis einer Tarifrunde aufgebaut werden.



V.i.S.d.P.: Wolfram Klein, Kirchberg 2, 73207 Plochingen

Kontakt: stuttgart@netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de